

Niederschrift

über die 30. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 05.12.2013
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

| | |
|--|----|
| Öffentliche Sitzung | 4 |
| 1 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 13.11.2013 betreffend die Erarbeitung eines einheitlichen Vermarktungskonzeptes für Werbeanlagen im öffentlichen Straßenraum Vorlage: FB5/691/2013 | 4 |
| 2 3. Bericht zur Finanzsituation 2013 zum 30.11.2013 Vorlage: SFI/226/2013 | 4 |
| 3 Haushalt 2014 Vorlage: SFI/689/2013 | 4 |
| 3.1 Beratung der Ansätze 2014, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschl. der Anträge der Fraktionen | 5 |
| 3.2 Beratung der Fachausschussempfehlungen | 13 |
| 4 Anträge | 18 |
| 5 Anfragen | 18 |
| 5.1 Anfrage des Rats Herrn Müller (Zentrum) vom 19. November 2013 betr. SEPA-Umstellung Vorlage: ZD/095/2013 | 19 |
| 6 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle | 19 |
| 7 Termin der nächsten Sitzung: 6. Februar 2014 | 19 |
| 8 Verschiedenes / Erklärung von Rats Herrn Damblon zum Besuch der Messe Expo-Real | 19 |

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dieter Spindler Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Radmacher Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Vertretung für Ratsherrn Jung ab
15.30 Uhr bis 16.30 Uhr (TOP 3.1)
Vertretung für Ratsherrn Radmacher
TOP 3.1 (17.20 Uhr)
anwesend ab TOP 3.1 (16.30 Uhr)

anwesend bis TOP 3.1 (17.20 Uhr)

von der FDP-Fraktion

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

Herr Jörg Schleifer Ratsmitglied

Herr Dr. Klaus Schmidt-Menschner Ratsmitglied

Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Ilse Niederdelmann Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Christian Staudinger-Napp Ratsmitglied

Zentrum

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage Erste Beigeordnete

Herr Dr. Just Gérard Technischer Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Ulrich Mombartz
Frau Gabriele Parschau
Frau Heike Reiß
Frau Lea Terstegge
Herr Wolfgang Trapp
Herr Christian Volmerich
Frau Alice Wiegand
Herr Jürgen Wirtz

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Personalrat
Gleichstellungsbeauftragte
Wirtschaftsförderungsreferat
Service Finanzen
Bereichsleiter Fachbereich 5
Service Finanzen
Referentin des Bürgermeisters
Bereichsleiter Zentrale Dienste

Zentrale Dienste

es fehlen:

Vor Sitzungsbeginn werden dem Ausschuss ergänzend folgende Unterlagen verteilt:

- Informationsvorlage (Finanzbericht) zu TOP 2,
- Veränderungsliste für die 1. Lesung als Fachausschuss zu TOP 3.1
- Veränderungsliste aller Fachausschussberatungen und Liste der Sperrvermerke zu TOP 3.2 sowie
- Anträge der Fraktionen UWG, SPD, FDP und CDU / Bündnis90/Die Grünen zu den Haushaltsberatungen.

Öffentliche Sitzung

- 1 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 13.11.2013 betreffend die Erarbeitung eines einheitlichen Vermarktungskonzeptes für Werbeanlagen im öffentlichen Straßenraum**
Vorlage: FB5/691/2013

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss des Rates verweist die Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert die Zuständigkeit des Bau- und Umweltausschusses und begrüßt als Vertreter der Petenten Herrn Janssen, der Gelegenheit erhält, die Bürgeranregung zu erläutern.

Herr Janssen bedankt sich für diese Gelegenheit und führt an, dass die Einnahmen bei Umsetzung des vorgeschlagenen Vermarktungskonzeptes ca. 60.000 € betragen könnten.

- 2 3. Bericht zur Finanzsituation 2013 zum 30.11.2013**
Vorlage: SFI/226/2013

Der Bericht wird auf der Grundlage der vor Sitzungsbeginn verteilten Informationsvorlage zur Kenntnis genommen. Herr Fiebig erläutert hierbei die einzelnen Positionen und beantwortet Nachfragen aus dem Ausschuss.

Ratsherr Müller bittet um Prüfung, ob zukünftig der Finanzbericht um eine Aufsummierung aller Fälle, bei denen eine Aussetzung der Vollziehung gewährt wurde, ergänzt werden kann.

(Anmerkung des Schriftführers: Die Prüfung durch den Service Finanzen hat ergeben, dass eine Auswertung aus dem derzeitigen Verfahren K-IRP möglich ist. Zurzeit kann jedoch nicht gesagt werden, ob auch die neue Finanzsoftware unter SAP eine solche Auswertemöglichkeit bietet. Sollte auch hier eine entsprechende Auswertung möglich sein, wird die Veraltung den Finanzbericht zukünftig um eine Zeile „ADV-Fälle“ ergänzen.)

- 3 Haushalt 2014**
Vorlage: SFI/689/2013

Bürgermeister Spindler erläutert im Einzelnen die Vorgehensweise bei den folgenden Haushaltsberatungen und weist auf die als Tischvorlage verteilten Listen hin.

Er weist zusätzlich darauf hin, dass der mögliche Beschluss von pauschalen Kürzungen auch für den gesamten Finanzplanungszeitraum gelte – es sei denn, es werde ausdrücklich etwas anderes beantragt.

Die Anträge der Fraktionen werden bei den jeweiligen Beratungen der einzelnen Produkte unter TOP 3.1 (1. Lesung) und TOP 3.2 (2. Lesung) behandelt.

3.1 Beratung der Ansätze 2014, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschl. der Anträge der Fraktionen

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss bezieht die Veränderungsliste sowie die nachgereichten Anträge der Fraktionen in die Beratungen ein.

Beratung der Produkte:

Seite 39 - 44 010 111 010 Rat u. Ausschüsse, Fraktionen, Integrationsrat

Bürgermeister Spindler weist darauf hin, dass bisher keine Mittel für die Informationsveranstaltung zur Hindenburgstraße im Haushalt 2014 veranschlagt worden sind.

Beratung über den Antrag der FDP:

2.000 € in 2014 für die Informationsveranstaltung zur Hindenburgstraße

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 2 | 1 |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | | |
| UWG | | | 1 |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 6 | 10 | 2 |

Beratung über den Antrag der SPD

3.000 € in 2014 für die Informationsveranstaltung zur Hindenburgstraße

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | 3 | | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 10 | 8 | |

Seite 45 - 46 010 111 020 Verwaltungsleitung

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 47 - 48 010 111 030 Gleichstellung

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 49 - 50 010 111 040 Öffentlichkeitsarbeit / Stadtmarketing

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 51 - 52 010 111 050 Beschäftigtenvertretung

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 53 - 54 010 111 060 Prüfung und Beratung

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 55 - 59 010 111 070 Zentrale Leistungen, Organisation und Stadtarchiv**Beratung über Antrag der FDP**

Ansatz Geschäftsaufwendungen um 10 % kürzen

010 111 070 54310000 von 261.400 € um 26.140 € kürzen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | | 3 |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | | 1 |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 10 | 4 |

Beratung über Antrag der FDP

Ansatz für Büromöbel (50.000 €) um 10 % kürzen

7.01004002.715.001 78310000 von 15.000 € um 1.500 € kürzen

7.01004002.720.001 78320000 von 35.000 € um 3.500 € kürzen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Seite 71 - 74 010 111 090 Personalwirtschaft und -entwicklung

Bürgermeister Spindler weist darauf hin, dass sich nach der Beratung und Beschlussfassung über den Stellenplan unter TOP 9 im nichtöffentlichen Teil noch Veränderungen bei der Gruppe 50 – Personalaufwand – und bei der Verteilung auf die einzelnen Produkte ergeben können.

Beratung über Antrag der FDP

Personalkosten reduzieren, Aufgabe der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem AK Haushaltskonsolidierung

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU | 4 | 1 | 2 |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | | 3 |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | | |
| UWG | | | 1 |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 10 | 2 | 6 |

Anfrage der FDP

5412 0000 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte

Wie ist die Aufteilung von Aus- und Fortbildung, Dienstreisen (140.000 €)?

Welche Maßnahmen gibt es? Zahlt Stadt für Mitgliedschaft in Sportverein (s. Presse 30 €)?

Herr Wirtz erläutert die Aufteilung des Ansatzes und führt aus, dass sich die Stadt im Rahmen der Umsetzung des Gesundheitsmanagements bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen im geringen Umfang an der Kosten, die die Mitarbeiter zu tragen haben, beteilige, dazu gehörten auch Mitgliedsbeiträge.

Seite 75 - 78 010 111 100 Finanzmanagement

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 79 - 80 010 111 110 Geschäftsbuchhaltung, Zahlungsverkehr, Vollstreckung

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 81 - 84 010 111 120 Service DV-Management/Telekommunikation

Seite 82

Anfrage FDP

5431 0000 Geschäftsaufwendungen Datenverarbeitung

1. 38.000 € für Dienstleistungen und Wartung stadteigener Software: Was steckt dahinter?
2. 140.000 € für Multifunktionsgeräte inkl. Hausdruckerei: Was ist da genau drin?
3. Internet und Telefon: Gibt es Flat-Rates

Die Fragen werden von Herrn Wirtz beantwortet. Nachfragen ergeben sich nicht.

Beratung über Antrag der FDP

5431 0000 Geschäftsaufwendungen Datenverarbeitung

150.000 € für Telefonanlage, zunächst für 15.000 € ein Jahr weiter leasen und Konzept vorlegen

Der Antrag wird zurückgezogen.

Beratung über Antrag der FDP

Anschaffung von beweglichem Vermögen um 10 % kürzen

7.01010001.715.001 78310000 von 200.000 € um 20.000 € kürzen

7.01010001.720.001 78320000 von 12.000 € um 1.200 € kürzen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Beratung über Antrag der FDP

Ansatz 2014 für Serverfarm mit Sperrvermerk versehen

7.01010007.715.001 78310000 Ansatz 252.000 €

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Seite 85 - 86 010 111 130 Rechts- und Schadenangelegenheiten, Datenschutz

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 87 - 100 010 111 140 Technisches Gebäudemanagement

Beratung über Antrag der CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Sperrvermerk 170.000 €,

Die Verwaltung wird gebeten, die Höhe der Kosten und den Umfang der Maßnahme auf zwingende Notwendigkeit zu prüfen.

7.01012080.710.001 78510000 (170.000 €)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beratung über Antrag der FDP

Ansatz für Erweiterung Mauritiusschule für OGATA verschieben

Falls OGATA in NRW Pflicht wird, ggf. Landeszuschüsse

7.01012082.710.001 78510000 (Ansatz 2014 312.000 € und VE und Ansatz 2015 100.000 €)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Beratung über Antrag der FDP

Umbenennung Konto in Sanierung/Neubau Hallenbad

Zusätzlich 50.000 € für Untersuchung von Neubauvarianten und Folgekostenberechnungen

7.01012083.710.001 78510000 Ansatz 2014 150.000 € um 50.000 € erhöhen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Beratung über Antrag der FDP

Reduzierung der Bauunterhaltung um 10 %

5215 0000 von 1.690.000 € um 169.000 €

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Beratung über Antrag der FDP

Konsumtive Maßnahme Musikschule Umbaumaßnahme streichen

5215 2000 von 2.057.500 € um 180.000 €

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Seite 101 - 104 010 111 150 Infrastrukturelles und kaufm. Gebäudemanagement

Beratung über Antrag der CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

4.000 € einsetzen (Betrag geschätzt) Refinanzierung von Betriebskosten für die Nutzung städtischer Gebäude.

Die Fraktionen CDU und *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* werden im ersten Quartal 2014 einen Verfahrensvorschlag einreichen.

4411 0000 von 425.000 € um 4.000 € erhöhen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU | 7 | | |
| FDP | 1 | 2 | 1 |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | | 1 |
| Gesamt | 10 | 6 | 2 |

Beratung über Antrag der FDP

Mieten und (Erb-)Pachten (von Externen) um 10 % steigern bzw. unkomplizierte Entgeltregelung für städtische Räumlichkeiten erarbeiten

4411 0000 von 218.000 € um 21.800 € erhöhen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Beratung über Antrag der FDP

Grundkosten, Betriebskosten und Gebäudereinigung um 10 % kürzen

5241 0000 von 4.147.000 € um 414.700 € reduzieren

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Versteigerung von Fundsachen streichen
4591 0000 von 3.000 € streichen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Seite 121 - 124 020 122 030 Bürgerservice und Wahlen

Anfrage der FDP

Was hat das Bürgerbegehren Barbara-Gerretz-Schule gekostet?

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert, dass die Sachausgaben für das Bürgerbegehren zur Barbara-Gerretz-Schule 21.300 € betragen haben.

Seite 125 - 128 020 122 040 Personenstandswesen

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 131 - 136 020 126 010 Feuerschutz

Beratung über Antrag der FDP

Feuerwehrgebührensatzung nochmals überprüfen (z.B. Kosten Einsatz Leiterwagen)

Der Antrag wird zurückgenommen, die Thematik soll weiter besprochen werden.

Beratung über Antrag der FDP

Haltung von Fahrzeugen um 10 % reduzieren
5251 0000 von 75.000 € um 7.500 € reduzieren

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Beratung über Antrag der FDP

Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens um 10 % reduzieren
5255 0000 von 48.000 € um 4.800 € reduzieren

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Beratung über Antrag der FDP

Feuerwehrfahrzeuge auf 2015 verschieben oder ganz streichen
7.02003005.715.001 7831 0000 Ansatz für 2014 350.000 €

Der Antrag wird zurückgezogen.

Seite 273 - 276 050 312 010 Jobcenter

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 551 - 552 150 571 010 Wirtschaftsförderung**Anfrage der FDP**

4541 0000 Ertrag aus Verkauf eines Grundstücks (157.744 €) warum an dieser Stelle, welches Grundstück?

Bürgermeister Spindler erläutert, dass es sich um Gewerbegrundstücke handele, die Einzahlung erfolgte im Produkt allgemeiner Grundstücksverkehr.

4591 0000 Vermischte Erträge: Warum von 750 € auf 4.000 €?
5318 0000 Transferaufwendungen, Ansatz 3.000 €: Was ist das?

Bürgermeister Spindler erklärt, dass es sich bei beiden Konten um die Abwicklung des MUCKIS-Tuniers handelte.

Beratung über Antrag der FDP

Geschäftsaufwendungen um 10 % kürzen
5431 0000 Geschäftsaufwendungen von 24.300 € um 2.430 € reduzieren

Der Antrag wird zurückgezogen.

Seite 555 - 556 150 573 010 Kommunale Beteiligungen**Anfrage der FDP**

Sind die Erträge aus der WBM nicht zu optimistisch?

Bürgermeister Spindler erläutert, die zu erwartenden Erträge seien der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend ermittelt worden.

Seite 557 - 558 150 573 020 Märkte

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 565 - 566 160 411 010 Krankenhäuser
Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 569 - 572 160 611 010 Allgemeine Finanzwirtschaft

Beratung über Antrag der FDP

Der Kreis wird aufgefordert, deutlich zu sparen, um die Kreisumlage zu reduzieren.
5372 0000 Kreisumlage

Der Antrag wird zurückgezogen.

Bürgermeister Spindler erläutert, der Kreishaushalt hänge auch von der erhobenen Umlage für den Landschaftsverband ab. Im Übrigen sei der Kreis natürlich im Rahmen bestehender Vorgaben frei in seiner Haushaltswirtschaft. Der Haushalt für das Jahr 2014 werde voraussichtlich erst Anfang des Jahres vom Kreistag verabschiedet. Die politischen Parteien hätten natürlich über ihre Vertreter im Kreistag Möglichkeiten zur Information hinsichtlich einzelner Positionen und auch entsprechende Möglichkeiten zur Einflussnahme.

Seite 575 - 578 160 612 010 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Es wird kein Antrag gestellt.

3.2 Beratung der Fachausschussempfehlungen

Einwendungen gem. § 80 Abs. 3 GO wurden nicht erhoben.

Die Veränderungsliste mit den Beschlüssen der Fachausschüsse, die Liste der Sperrvermerke sowie die nachgereichten Anträge der Fraktionen werden in die Beratungen einbezogen.

Seite 35 Produktbereich 010 Innere Verwaltung

Produkt 010 111 160 Allgemeiner Grundstücksverkehr

Beratung über Antrag der CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Der Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften, dem Rat der Stadt die Aufstellung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 B in Meerbusch-Osterath, nordwestlich Rudolf-Lensing-Ring mit dem Ziel einer Wohnbebauung zu empfehlen, zum Zwecke der Gegenfinanzierung für den Umbau des Sportplatzes Krähenacker. Optionale Einnahme für 2015 voraussichtlich 380.000 €

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU | 7 | | |
| FDP | 3 | | 1 |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | 1 | | |
| Gesamt | 14 | 3 | 1 |

Beratung über Antrag der CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einstellung eines zusätzlichen Betrages von 100.000 € unter Konto 7.01014012.710.001, um die Voraussetzung für die im Klimakonzept vorgesehene aktive Grundstückspolitik zu schaffen.

7.01014012.710.001 7853 0000 (Alter Bauhof Moerser Str.) Ansatz 2014 von 55.000 € um 100.000 € erhöhen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU | 7 | | |
| FDP | | 4 | |
| SPD | 2 | 1 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | 1 | | |
| Gesamt | 13 | 5 | |

Beratung über Antrag der UWG

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Zusammenlegung folgender Bereiche mit anderen Städten und Gemeinden wirtschaftlich ist: Stadtkasse, Personalmanagement, Service Recht, Finanzbuchhaltung, Finanzmanagement, IT-Management, VHS und Musikschule.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beratung über Antrag der UWG

Verkauf städtischer Immobilien / Wohnungen, die nicht unmittelbar Verwaltungsaufgaben dienen.

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 1 | 3 | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 2 | 16 | |

Seite 113 Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 139 Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben**Beratung über Antrag der UWG**

„Umsetzung / Einrichtung Hausmeisterpool“ innerhalb der Meerbuscher Stadtverwaltung.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Seite 225 Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft**Beratung über Antrag der FDP**

Die Verwaltung möge Regelungen für die Budgetierung der Produktgruppen Musikschule, Volkshochschule und Bücherei gem. § 21 GemHVO entwickeln. Dies soll in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung geschehen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Seite 265 Produktbereich 050 Soziale Leistungen

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 315 Produktbereich 060 Kinder, Jugend- / Familienhilfe

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 367 Produktbereich 080 Sportförderung

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 383 Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung, GEOINFO

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 401 Produktbereich 100 Bauen und Wohnen

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 419 Produktbereich 110 Ver- und Entsorgung

Es wird kein Antrag gestellt.

S. 433 – 443 110 538 010 Stadtentwässerung

Beratung über Antrag der UWG

Halbierung der geplanten Mittel (7852) für verschiedene Maßnahmen des Tiefbaus

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | | 4 | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 1 | 17 | |

Seite 455 Produktbereich 120 Verkehrsflächen/- anlagen, ÖPNV

Seite 459 - 460 120 541 010 Straßen, Wege, Plätze

Beratung über Antrag der FDP

Abschaffung der Terrassengebühr

4321 0000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte Ansatz 16.000 € streichen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----|----|------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |

| | | | |
|-----------------------|----------|-----------|--|
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | 1 | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 4 | 14 | |

Beratung über Antrag der SPD

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prüfung für eine Satzung für Parkgebühren für den öffentlichen Parkplatz auf dem Dr. Franz-Schütz-Platz durchzuführen.

Außerdem soll zunächst geprüft werden, ob die Anschaffung von Parkscheinautomaten oder die Anschaffung von Ein- und Auslassschranken für die Pkws sinnvoller ist.

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | 4 | | |
| SPD | 3 | | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | | 2 |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 8 | 8 | 2 |

Beratung über Antrag der CDU und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

50.000 € einsetzen, zur Entspannung der Verkehrssituation auf der Dorfstraße

Unter Berücksichtigung der besonderen Schwierigkeiten bei der Umsetzung, bedingt durch die Zuständigkeit des Landesbetriebes Straßen NRW und aus Kostengründen zunächst Beschränkung auf:

- Tempo 30 auf einem möglichst langen Streckenabschnitt
- gestrichelte Radstreifen, soweit möglich
- Aufpflasterung in dem vom FB5 angeregten Bereich (Feldstraße)
- auffällige Fahrbahnmarkierungen
- 2 dauerstationierte Tempoanzeigen

120 541 010 5216 0000 Instandhaltung des Infrastrukturvermögens von 850.000 € um 50.000 € erhöhen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU | 7 | | |
| FDP | | 4 | |
| SPD | 3 | | |
| Bündnis 90/Die Grünen | 2 | | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | 1 | | |
| Gesamt | 14 | 4 | |

Beratung über Antrag der UWG

100.000 EURO zusätzlich in den Haushalt einstellen, um damit die Ampelschaltung auf der Moerserbzw. Düsseldorferstraße in Buderich so umstellen zu lassen, dass die Dauerstaus aufhören.

120 541 010 5216 0000 Instandhaltung des Infrastrukturvermögens von 850.000 € um 100.000 € erhöhen

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|--|----|------|--------------|
|--|----|------|--------------|

| | | | |
|-----------------------|----------|-----------|--|
| CDU | | 7 | |
| FDP | | 4 | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 1 | 17 | |

Beratung über Antrag der UWG

Halbierung der geplanten Mittel (7852) für verschiedene Maßnahmen des Tiefbaus

Bereits bei Produktgruppe 110 abgelehnt

S. 483 – 487 120 541 020 Straßenbeleuchtung

Beratung über Antrag der UWG

Streichung der geplanten Investitionen in Straßenbeleuchtung (7852) in Höhe von 222.000 € und Aussetzung des Kompletterneuerungsprogramms

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | | 4 | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 1 | 17 | |

Beratung über Antrag der UWG

Halbierung der geplanten Mittel (7852) für verschiedene Maßnahmen des Tiefbaus

Bereits bei Produktgruppe 110 abgelehnt

S. 483 – 487 120 547 010 ÖPNV

Beratung über Antrag der CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Neue VE in Höhe von 49.000 € für die Anschaffung von Fahrradboxen (Umsetzung vorbehaltlich der Zuschussgewährung durch das Land)

7.12001023.710.001 7831 0000 VE 49.000 € (Jahr der Kassenwirksamkeit 2015)

7.12001023.780.001 6811 0000 44.100 € Zuwendung in 2015

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Seite 509 Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege

S. 531 – 532 130 555 010 Wirtschaftswege

Beratung über Antrag der UWG

Halbierung der geplanten Mittel (7852) für verschiedene Maßnahmen des Tiefbaus

Bereits bei Produktgruppe 110 abgelehnt

Seite 537 Produktbereich 140 Umweltschutz

Seite 541 140 561 010 Umweltschutz

Beratung über Antrag der FDP

Neu einstellen: 5.000 € für Projekt Ökoprofit (vgl. AK Klimaschutz)

5431 0000 Geschäftsaufwendungen um 5.000 € erhöhen

Der Antrag wird zurückgezogen.

Seite 547 Produktbereich 150 Wirtschaft und Tourismus

Es wird kein Antrag gestellt.

Seite 561 Produktbereich 160 Allgemeine Finanzwirtschaft

Beratung über Antrag der UWG

Beschluss einer Nachhaltigkeitsatzung nach Beispiel der Stadt Wülfrath

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------|----------|-----------|--------------|
| CDU | | 7 | |
| FDP | | 4 | |
| SPD | | 3 | |
| Bündnis 90/Die Grünen | | 2 | |
| UWG | 1 | | |
| Bürgermeister | | 1 | |
| Gesamt | 1 | 17 | |

Seite 581 Produktbereich 170 Stiftungen

Es wird kein Antrag gestellt.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verzichtet auf die Fassung eines Empfehlungsbeschlusses an den Rat zum Gesamtergebnis- und –finanzplan 2014 einschließlich der beschlossenen Veränderungen sowie zur Haushaltssatzung 2014 samt Anlagen in der nunmehr vorliegenden Fassung einschließlich beschlossener Veränderungen zur Beschlussfassung gem. § 80 Abs. 4 GO NRW. Die Beschlussfassung zu diesen beiden Punkten soll unmittelbar im Rat vorgenommen werden.

4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5 Anfragen

5.1 Anfrage des Ratsherrn Müller (Zentrum) vom 19. November 2013 betr. SEPA-Umstellung Vorlage: ZD/095/2013

Die Anfrage wird von Herrn Fiebig beantwortet:

Die Umstellung der städtischen Verfahren und der hierzu erteilten Einzugsermächtigungen erfolge in Zusammenarbeit mit der ITK Rheinland planmäßig zum 01.02.2014. Mit dem Versand der Bescheide für das Jahr 2014 Anfang des Jahres werden die Bürger bzw. Zahlungspflichtigen über die Umstellung informiert. Dies sei ausreichend, da der erste Zahlungstermin Mitte Februar 2014 sei. Anschließend beantwortet Herr Fiebig mit Bürgermeister Spindler weitere Nachfragen von Ratsherrn Müller.

6 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Weitere Nachfragen ergeben sich nicht.

7 Termin der nächsten Sitzung: 6. Februar 2014

Die nächste Sitzung findet gem. Langzeitplan am 6. Februar 2014 statt.

Bitte beachten: In der Einladung und in der Sitzung wurde irrtümlich der 20. Februar 2014 genannt. Dies ist jedoch der vorgesehene Termin für die Sitzung des Rates.

8 Verschiedenes / Erklärung von Ratsherrn Damblon zum Besuch der Messe Expo-Real

In Hinblick auf die beantragte Einberufung einer Sitzung des Ältestenrates erklärt Ratsherr Damblon die Umstände seines Besuchs am Stand der Standort Niederrhein GmbH während der Immobilienmesse Expo-Real in München. Er habe Geschäftstermine bei zwei Kunden gehabt und diese Gelegenheit genutzt, die Expo-Real zu besuchen. Hierzu habe er aus privaten Mitteln eine Eintrittskarte über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) des Rhein-Kreises Neuss erworben und von dieser ein Namensschild erhalten. Von einer Aufnahme seines Namens in eine Liste, die von der WFG im Internet veröffentlicht wurde, habe er nichts gewusst. Mit seinem Besuch habe er eine Möglichkeit genutzt, die jeder andere Berechtigte auch wahrnehmen können. Insofern habe er hinsichtlich des sehr interessanten Messebesuchs kein schlechtes Gewissen. Auf die erste Frage in der vergangenen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses habe nur knapp geantwortet, da er davon ausgegangen sei, die Darstellung des privaten Charakters seines Messebesuchs sei ausreichend.

Ratsfrau Niederdelmann begründet den Antrag auf Einberufung des Ältestenrates durch ihre Fraktion damit, dass durch die Berichterstattung in der Presse der Eindruck erweckt worden sei, Herr Damblon habe in seiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der Meerbuscher CDU an der Expo-Real teilgenommen.

Ratsherr Peters regt an, die heutige Erklärung als ausreichend zu betrachten und auf eine Sitzung des Ältestenrates zu verzichten.

Ratsherr Staudinger-Napp kritisiert, dass in der Niederschrift der vergangenen Sitzung des Ausschusses eine Erwähnung der Nachfrage und der Antwort unterblieben sei.

Insgesamt besteht im Ausschuss Einigkeit, nunmehr auf eine Sitzung des Ältestenrates verzichten zu können.

Meerbusch, den 11. Dezember 2013

Dieter Spindler
Bürgermeister

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in